

## Deutschland.

**Berlin, 24. September.** Se. Majestät der König nahmen heute die Vorträge beider Kabinette entgegen und empfingen die Meldungen des Generals der Infanterie Freiherrn Vogel v. Falenstein, der Generalleutnants von der Mülbe, v. Plonski, von Griesheim, v. Bronsart, v. Prondzynski, v. Roder, des Generalmajors v. Kleist, der Obersten v. Rauch, v. Reuß und mehrerer anderer Offiziere.

Ihre Majestät die Königin wohnte gestern dem Gottesdienste in der St. Mathäikirche bei und begab sich hierauf nach Potsdam. Nach Ihrer Rückkunft erschien die Königin im Hause des Grafen Behr-Regendank, wo Allerhöchstdieselbe Patheusstelle bei dem jüngstgeborenen Sohn übernahm. Heute besichtigten Ihre Majestät die Kunstausstellung. Die Königin reist Abends zur Fortsetzung der unterbrochenen Kur nach Baden zurück. Den Kammerherren dient hat Graf Pourtales übernommen.

Der Kronprinz gab heute im Neuen Palais zu Potsdam ein Diner, zu welchem Einladungen erhalten hatten der Fürst Pleß und der Fürst zu Wied, die Generale v. Blumenthal, v. Stosch und v. Jacobi, der bisherige Stab, der englische Militärbevollmächtigte Oberst Walker, die Deputirten des 11. Infanterie-Regiments u.

Der Großherzog von Sachsen-Weimar hat sich bereits am Sonntag Abend nach Schloß Wilhelmsthal zurückbegeben und am Montag früh ist die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin nach Ludwigslust abgereist.

Bald nach dem Erlasse der Besitzergreifungs-Patente von den eroberten Ländern wird der König einen Theil der letztern besuchen und diese Reise also noch in dem jetzt bevorstehenden Herbst antreten. Zunächst dürfte derselbe sich nach Holstein und Schleswig begeben.

Der „Westrauer Bote“ will wissen, daß zwischen Preußen und der Darmstädtischen Regierung ein geheimer Friedensartikel bestehen soll, wonach im Kriegsfall das Großherzogthum sein ganzes Kontingent, das auf 25,000 Mann zu bringen wäre, Preußen zur Verfügung stellen müßte, während der „Nürn. Corr.“ aus Kreisen, welche gut unterrichtet sein können, die Versicherung entnimmt, daß außer dem Friedensvertrage in Berlin auch ein Allianzvertrag zwischen Bayern und Preußen abgeschlossen worden sei, welcher die gemeinsame Garantie beider Staaten im Fall eines von außen kommenden oder drohenden Angriffs bestimmen soll. Ob die Sache formell wirklich schon so weit gediehen ist, meint das Nürnberger Blatt, mag dahingestellt bleiben; so viel dürfte aber aus mancherlei Anzeichen mit Sicherheit hervorgehen, daß die bayerische Regierung entschlossen ist, die durch den Kammerbeschluss vorgezeichnete Linie des engen Anschlusses an Preußen für die Zukunft zur Richtschnur ihrer Politik zu machen.

Ueber den Vertrag zwischen der preussischen Regierung und dem Kurfürsten von Hessen berichtet die „Kass. Ztg.“: „Der Kurfürst erhält sofort ein Kapital von 600,000 Thlr., behält die Revenüen des Hauschages, zieht sein sämmtliches Privatvermögen zurück und erhält alle Einkünfte, welche durch Verpachtung u. d. d. zum Hausfideicommiss gehörigen Güter, Schlösser u. aufkommen.“

Der Major im Generalstabe von der Burg, viel genannt wegen seiner Theilnahme an der Erstürmung von Puebla durch die französischen Truppen und wegen seiner Mission nach Florenz kurz vor dem Ausbruche des Krieges zwischen Preußen und Oesterreich, ist vom König in Anerkennung seiner Verdienste in diesem Kriege mit dem Orden pour le mérite decorirt worden. Wir haben seiner Zeit hervorgehoben, wie er namentlich an dem Tage von Trautenau (27. Juni) sehr wichtige Dienste geleistet hat.

Nach der Brüsseler „Independance“ schreiten die Unterhandlungen zwischen Preußen und den Niederlanden in Betreff Limburgs und Luxemburgs nur sehr langsam vorwärts. Die niederländische Regierung verlange, daß die Verhandlungen über beide Länder getrennt geführt würden, und der König der Niederlande wolle nach der Auflösung des deutschen Bundes nicht bloß Limburg, sondern auch Luxemburg als völlig unabhängig betrachten wissen. Der König habe, um dieser Erklärung größeren Nachdruck zu geben, seinen Bruder, den Prinzen Heinrich, neuerdings nach Luxemburg gesandt, um dort seine Interessen den preussischen Forderungen gegenüber spezieller wahrzunehmen. Preußen behaupte im Gegentheil, daß zwischen der Stellung Limburgs und Luxemburgs eine Solidarität bestehe, und wolle in die Lösung Limburgs von Deutschland durch eine Spezial-Konvention nur unter der Bedingung einwilligen, daß Luxemburg in den norddeutschen Bund trete und ihm sein Befugnisrecht in der Festung erhalten bleibe. Der König der Niederlande habe nun die freundschaftliche Vermittelung des Kaisers Napoleon anrufen, „mit welchem er stets die besten Beziehungen unterhalten habe und der ihm auch diesmal seinen Beistand nicht versagt zu haben scheine.“

**Berlin, 24. September.** Die heutige (21.) Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde vom Präsidenten v. Forckenbeck um 10½ Uhr eröffnet. Am Ministerische: Graf Zeynplig, v. Selchow und zwei Regierungs-Kommissarien. (Die Tribünen sind überfüllt.)

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wird in die Tagesordnung eingetreten. Auf derselben steht zunächst der Gesetzentwurf, betreffend den Verkauf der westphälischen Staats-Eisenbahn an die bergisch-märkische Eisenbahn-Gesellschaft. Die Kommission empfiehlt die Genehmigung des Gesetzentwurfes. Berichterstatter ist Abgeordneter Hoffmann (Dhlan). Die Abgeordneten Sammayer, Elven, Berger (Solingen) und Dr. Becker haben folgendes Amendement gestellt: Das Haus wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, der Landesvertretung einen Plan über die beabsichtigte Veräußerung von Staats-Eisenbahnen vorzulegen, bis dahin aber den Verkauf einzelner Eisenbahnstrecken auszusetzen. Das Amendement wird ausreißend unterstützt. Der erste Redner in der allgemeinen Debatte ist der Abg. Dr. Sammayer: Ich will der Staatsregierung auf dem Finanzgebiete gegenwärtig keine Verlegenheiten bereiten, sie vielmehr unterstützen. Ich bin auch nicht gegen den Verkauf der Bahn, weil sie in die

Hände einer Privatgesellschaft übergehen soll, ich bin auch nicht gegen den Verkauf überhaupt; aber ich wünsche denselben nicht jetzt und nicht unter Bedingungen, welche nach meiner Ansicht das Interesse des Staates schädigen. Darauf muß ich aufmerksam machen, daß die bergisch-märkische Eisenbahn sich auch in der Verwaltung des Staates befindet. Der Vertrag berechtige die Gesellschaft, in die Staatskasse Papier, Obligationen und nicht bares Geld abzuführen. Die Interessen der bergisch-märkischen Eisenbahn-Gesellschaft sind bei dem Gesetze vollständig gewahrt. Inzwischen haben sich die Verhältnisse aber auch außerordentlich verändert; die hannoverschen und hessischen Bahnstrecken sind Theile der preussischen Staatsbahn geworden. Die Verhältnisse beim Abschluß des Vertrages waren durchaus günstig für den Käufer, aber nicht für den Verkäufer. Ich will der Staatsregierung durchaus keine Schwierigkeiten bereiten, doch in gewissenhafter Wahrung der Interessen des Staates bitte ich Sie, gegen den Gesetz-Entwurf zu stimmen. (Bravo.)

Abg. Heise: Der Krieg stand zur Zeit des Verkaufs bevor und die Staatsregierung mußte sich darauf vorbereiten. Ich verkenne das Gewicht der vom Vorredner angeführten Gründe durchaus nicht. Wenn ich dennoch für den Gesetz-Entwurf stimme, so bestimmen mich vornehmlich Localitäts-Rücksichten dazu. Die Staatsregierung thut Recht, wenn sie an dem Vertrage festhält, gerade weil die bergisch-märkische Bahn sich in der Verwaltung des Staates befindet. Ich halte es für einen großen Vortheil, wenn Privatbahnen, die unter Staatsverwaltung stehen, nach Möglichkeit erweitert werden. Ich glaube, daß die Rücksicht auf die Abhilfe der Industrie, auf die Vortheile für den allgemeinen Verkehr Sie bei dieser Abstimmung leiten sollte.

Abg. v. Kirchmann: Die Gesellschaft bietet dem Staate für ein Objekt von 21 Millionen nichts wie Obligationen. Der Regierung war zur Zeit des Vertragsschlusses mit den Obligationen nicht gedient, sie brauchte bares Geld für den Krieg. Bei Prüfung dieses Geschäfts kommt es vor Allem darauf an, wie wird sich die Zukunft gestalten? (Das Haus wird während der weiteren Ausführungen dieses Redners so unruhig, daß dieselben gänzlich unverständlich bleiben. Derselbe erklärt sich gegen die Vorlage.)

Ein Amendement der Abgeordneten Michaelis (Stettin) und Reichenheim, welches wir weiter unten mittheilen, wird ausreißend unterstützt. Regierungs-Kommissar von der Recke: Wollen Sie, daß die Provinz wieder zu ihrer früheren Blüthe gelangt, so haben Sie alle Veranlassung, für den Gesetz-Entwurf zu stimmen.

Handelsminister Graf Zeynplig: Es ist gesagt, die Staatsregierung möge einen Plan über den Verkauf der Staats-Eisenbahnen vorlegen. Ich glaube, daß unser System das einzig richtige ist. Die Konkurrenz ist für das Publikum und für den Verkehr ein großer Vortheil; für das Publikum sind aber die Staatsbahnen von großem Vortheil. Ich habe die Befugnis, die Tarife herabzusetzen und dadurch die andern Bahnen ebenfalls zu einer Herabsetzung zu zwingen. Die Praxis hat es gezeigt, daß die Staatsbahnen für das Publikum ihr größtes Gutes haben. Ich kann daher nur wünschen, daß wir bei dem gegenwärtigen System verbleiben. Allerdings ist es notwendig, daß die Privat-Industrie so viel als möglich gefördert wird, und ich wünsche, ich hätte einen Fonds, aus welchem ich, wie beim Eisenbahnbau, bestimmte Summen den Eisenbahn-Gesellschaften zum Bau neuer Eisenbahnen bewilligen könnte. Das Publikum und der Verkehr würden dadurch großen Nutzen ziehen. Ich bitte Sie daher, die beiden Amendements abzulehnen. Zu einer Schablone kann ich den preussischen Staat nicht stecken. (Bravo.) Die Vertreter der bergisch-märkischen Bahn haben sich bei den Verhandlungen auf einem völlig lokalen Wege befunden. Sie rathen mir den Verkauf von Staatsbahnen und dennoch wollen Sie den ersten begründeten Gesetzentwurf ablehnen; wo soll der Handelsminister da den Muth hernehmen, andere Gesetzentwürfe vorzulegen? — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Michaelis (Stettin): Der Abg. von Kirchmann behauptet, der Verkaufspreis der Bahn sei zu gering, da die Verhältnisse jetzt andere sind. Nun, meine Herren, der Kaufpreis ist auch seit dem Kriege um 25 Prozent gewachsen. Damals waren es, wenn der Staat bares Geld nahm, ungefähr 12 Millionen, nahm er jedoch Obligationen, so waren es 15 Mill., und so ist es jetzt. Wir haben bei dieser Vorlage ganz andere Gesichtspunkte zu prüfen. Meine Herren! Ein großer Theil von Ihnen hat schon in der Budget-Kommission gesehen und weiß, daß unser Einfluß auf das Budget gleich Null ist, und daß der Handelsminister hier unbeschränkt einzelnen Provinzen Wohlthaten erweisen, oder sie züchtigen kann. Wollen Sie dem Ministerium diesen Absolutismus lassen? Und, meine Herren, wenn die Bahn jetzt nicht verkauft wird, wer bürgt dafür, daß sich jemals wieder die Gelegenheit dazu bietet. Seien Sie nicht bürokratischer, nicht fiskalischer, als der Herr Finanzminister und stimmen Sie für die Dis-membrirung der Staatsbahnen.

Abg. Elven: Die Auffassung des Vorredners erscheint mir als eine ganz unrichtige; einverstanden bin ich mit ihm darin, daß Privateisenbahnen nicht durch den Staat verwaltet werden sollen. Ich werde aber gegen den Verkauf stimmen, weil die Bahn in diesem Augenblicke ein äußerst werthvolles Objekt in den Händen des Staates ist und weil der Augenblick ferner es verbietet, auf dem Wege des Verkaufs von Staatsbahnen vorzugehen. Ich bin der Meinung, daß die westphälische Bahn an Bedeutung gewinnen wird, namentlich seit der Annexion Kurpfälzens und Hannovers. Die westphälische Bahn ist ein integrierender Theil der Kette von Bahnen, welche von Ostfriesland bis an die Mainlinie geht, eine Kette, welche durchweg in den Händen des Staates ist. Warum soll man da à tout prix einen solchen Theil verlaufen? Und gerade das Motiv für die bergisch-märkische Bahn, die westphälische Bahn zu acquiriren, muß dem Staate die Pflicht auferlegen, den Preis angemessen hinzustellen. In den Konferenzen von westphälischen Abgeordneten hat sich auch nicht eine Stimme für den Verkauf ausgesprochen. Ich halte meistentheils den Verkauf an die bergisch-märkische Gesellschaft zu dem gebotenen Preise für ebenso nachtheilig, als den Verkauf der nassauischen Staatsbahnen an die rheinische Eisenbahn-Gesellschaft. Ich halte die Vorlage der Regierung für nachtheilig den Staatsinteressen und meine, dieselbe müsse verworfen werden. — Ein Antrag auf Schluß der General-Diskussion wird gestellt und angenommen.

Referent Abg. Hoffmann (Dhlan) verteidigt nochmals den Antrag der Kommission auf Genehmigung des Verkaufs, widerlegt die gegen den Antrag gerichteten Angriffe, bleibt aber im Zusammenhange wegen der im Hause herrschenden Unruhe unverständlich.

Abg. Michaelis nimmt zu § 1 das Wort, jedoch nur, um dem Abg. Elven gegenüber den Wunsch auszusprechen, er möge doch die Motive angeben, welche in der Konferenz westphälischer Abgeordneter Mitglieder der Kommission, die für den Verkauf gewesen sind, bestimmt haben, heute gegen denselben zu stimmen.

Abg. Berger (Solingen) kommt diesem Wunsche nach und theilt die Motive ausführlich mit. Abgesehen von allen anderen Bedenken steigen die Erträge von Jahr zu Jahr, seit 5 Jahren betragen sie 50 Prozent und dabei ist zu berücksichtigen, daß alle die Ergänzungsbahnen, wie Bufe-Kreuzen, noch nicht im Betriebe waren. Binnen jetzt und drei Jahren wird die westphälische Bahn 5 Prozent Reingewinn (1 Million Thaler) abwerfen, während bei dem Verkauf ein Reingewinn von 700,000 Thlr. erzielt wird. Das Angebot der bergisch-märkischen Bahn ist für mich ein Beweis, daß der westphälischen Bahn eine glänzende Zukunft bevorsteht. Die bergisch-märkische Bahn liebt die umgebenen Bahnen mit auffallender Zärtlichkeit von dem Augenblicke an, wo sie Aussicht auf Gewinn bieten. — Dem Ausspruch des Ministers, jeder Konkurrenz bei Eisenbahnbauten förderlich sein zu wollen, zolle ich Beifall. Wie kommt es denn aber, daß die Konkurrenz-Bahnen der westphälischen und der bergisch-märkischen durch

das Ruhrthal nicht koncessionirt worden sind? Die projektirte Bahn ist von hoher Wichtigkeit, genehmigen wir heute den Vertrag, so befreien wir die bergisch-märkische Bahn von einer Konkurrenz, denn sie hat kein Interesse, diese projektirte Bahn über Kettwig-Meschede-Kassel zu bauen. Ich bin der Ansicht, daß das Interesse der westphälischen Industrie durch die Vereinigung der beiden Bahnen einige Vortheile erlangen wird. Wir haben es hier aber nicht mit den Interessen der westphälischen Industrie, sondern mit den Interessen des Landes zu thun und diesen läuft der Verkauf entgegen. Wir sind keine Freunde von Staats-Eisenbahnen, das sagt Ihnen unsere Resolution; wir wollen aber nicht, daß das Staatseigenthum unter dem Werthe und planlos verkauft werde.

Der Regierungs-Kommissar v. Wolff: Die Befugnisse des Herrn Vorredners sind durch nichts zu rechtfertigen (die Ausführungen des Herrn Vertreters der Regierung bleiben im Zusammenhange unverständlich).

Abg. Dr. Becker: In den Jahren 1856—1864 ist auf der westphälischen Bahn die Zahl der Personenzüge nicht nur nicht vermehrt, sondern vermindert worden. Es hat dies wohl darin seinen Grund, daß die Direktion eine königliche ist. Ich will zugeben, daß der Kaufpreis einigermaßen dem Werthe entspricht, aber ich muß auch behaupten, daß die Bahn den Preis unter Brüdern werth ist. (Heiterkeit.) Ich habe mein Amendement gestellt, weil ich vernommen habe, daß es in der Absicht des Staates liegt, noch andere Veräußerungen von Staatsbahnen, und zwar in den neu erworbenen Staatsgebieten, vorzunehmen. Durch den Verkauf der nassauischen Staatsbahn würde das Interesse des Publikums auf lange Jahre hin geschädigt werden. Deshalb müssen wir aussprechen, daß wir ein so planloses Zerreißen des Eisenbahnnetzes nicht gutheißend können. Gütten wir uns vor dem Schein, als ob in unser Transportwesen eine Korruption eintreten könnte, und deshalb bitte ich Sie, für die von mir und meinen Freunden beantragte Resolution zu stimmen.

Der Handelsminister: Vorredner hat gerade das Gegentheil von dem, was ich gesagt habe, mir untergeleitet; ich bin nicht dafür verantwortlich, wenn er sich etwas von Verkäufen erzählen läßt. Auf das Entschiedenste weise ich die Insinuationen des Vorredners zurück. — Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Herr v. Binde (Hagen) freut sich über die Nachsicht des Präsidenten, der Hrn. Becker erlaubt hat, einen Vortrag zu halten, welcher nicht zu § 1 gehört und fährt dann fort: Ich bin jetzt auch geneigt, gegen den Verkauf zu stimmen, nachdem ich die heutige Diskussion mit angehört habe. Ist erst die Verwaltung der hannoverschen Westbahnen in den Händen des Staates, der andererseits auf die Verwaltung der Nordbahn einen bestimmenden Einfluß haben wird, so wird die westphälische Bahn ertragreicher werden, der Verkehr wird sich steigern und in 2 oder 3 Jahren wird die bergisch-märkische Bahn einen höhern Preis bieten können, als sie ihn unter dem Drucke der Kriegserregnisse geboten hat. Die Gesellschaft wird deshalb doch den Interessen ihrer Aktionäre gerecht werden können. Wenn man sagt, die Direktion habe im Mai ein politisches Opfer gebracht, denn sie habe der Regierung Geld zur Disposition gestellt, so ist das nicht genau. Die Regierung brauchte bares Geld; die von der Direktion angebotenen 6 Millionen bar waren aber nur unter ungünstigen Bedingungen zu haben. Wird der Vertrag nicht genehmigt, so wird der Regierung keine Verlegenheit bereitet; sie wird uns dafür danken. Denkt doch ein Theil des Ministeriums selbst heute anders über den Vertrag, als im Monat Mai. Ich glaube, es wird der Regierung gar nicht unangenehm sein, wenn wir den Vertrag verwerfen und schon aus diesem Grunde werde ich gegen denselben stimmen. (Heiterkeit.)

Gegen den Vertrag erklärt sich auch der Abg. Harfort; es machen persönliche Bemerkungen die Herren Abgg. Michaelis, Dr. Becker (gegen den Handelsminister), Heise (gegen Dr. Becker, welcher repliziert) — die Minister v. d. Heydt, Graf Eulenburg und v. Roon.

Das Resultat der Abstimmung theilten wir schon im heutigen Morgenblatte mit.

Das Haus geht zur Berathung über den Bericht der XII. Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung über. — Berichterstatter Abg. Hagen berichtet auf das Wort zur Einleitung der Debatte; es wird die Rednerliste festgestellt und es ergibt sich, daß sich zur Generaldiskussion 6 Redner für, 19 Redner gegen die Kommissions-Anträge gemeldet haben. — Es erhält das Wort Herr v. Harbord, dem die Summe von 60 Millionen ein Unbedeutendes erscheint, einem Budget von 159 Millionen gegenüber. Alle Bedenken, die aus Mißtrauen gegen die Regierung entspringen, stehen im Widerspruch mit der Adresse, mit der Indemnitätsvertheilung, mit dem Anerkennen der auswärtigen Politik. Man hat vorhin behauptet, man unterstütze die Regierung mit dem Verwerfen des Verkaufs einer Bahn; will man jetzt auch behaupten, man unterstütze mit dem Ablehnen des Credits die Regierung? (Vor der Fortsetzung der Debatte werden die Anträge Twetten und Michaelis zur Unterstützung gestellt: ersterer hat eine geringe, aber ausreichende Unterstützung, letzterer ¼ des Hauses.)

Abg. Reichen (Pöper) (für den Kommissionsantrag): Die Gründe, die mich bewegen, die Regierungsvorlage abzulehnen, sind hauptsächlich politischer Natur. So lange, bis die Regierung nicht in verfassungsmäßige Bahnen eingeleitet ist, kann ich ihr einen solchen Kredit nicht bewilligen. Gerade die Erklärung des Finanzministers in der Kommission, daß die Regierung selbst gegen das Votum der Kammer sich das Geld verschaffen werde, bestärkt mich darin. Die Regierung muß das Votum der Kammer respektiren. Die einzig mögliche Definition einer verfassungsmäßigen Regierung ist die, daß die Regierung einsteht, daß ihre Intentionen nicht allein maßgebend sind. Auf dem eingeschlagenen Wege wird sie sicherlich nicht weit kommen; fährt sie indeß trotzdem fort, so wird sie es sich selbst unmöglich machen, die Staatsgeschäfte weiter zu führen. Die Motive des Amendements zweifeln begreife ich nicht. Hauptsache ist, daß wir auf dem Rechtsboden stehen bleiben; in der Wahrung des verfassungsmäßigen Rechtes sehe ich die einzige Möglichkeit in Zukunft in geordnete Zustände hineinzukommen. — Die Sprache, welche die Staatsregierung jetzt gegen uns führt, ist die Sprache eines Siegers gegen Besiegte; als Besiegte aber kann ich das preussische Volk, das noch vor wenigen Tagen große Siegesfeste gefeiert, ebenso wenig anerkennen, als seine Vertreter. (Bravo links, Widerspruch rechts.) Noch in einer der letzten Sessionen hat ein Abgeordneter von jener Seite den Antrag mitunterstützt, eine Adresse an den König zu richten, um denselben zu bitten, daß er die Initiative zur Lösung des Verfassungs-Konfliktes ergreifen möge. Heute scheint jener Herr wieder anderer Ansicht zu sein. Sei dem, wie ihm wolle, das Abgeordnetenhaus kann nur stimmen auf Grund der bestehenden Verfassung, und hiernach kann ich lediglich den Kommissionsantrag annehmen. (Bravo links, Zischen rechts.) Der Antrag auf Vertagung wird gestellt, aber abgelehnt.

Abg. Glaser (gegen den Kommissionsantrag): Das Votum Ihrer Kommission geht dahin, der Regierung nicht die Mittel zu bewilligen, die eine Bereitstellung zur Begegnung aller Eventualitäten erheischt. Der erste Hauptgesichtspunkt ist jedenfalls die Frage des Staatschages. Von einigen Seiten wird die Errichtung eines Staatschages überhaupt gemißbilligt vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus, und nur geduldet zeitweise aus politischen Rücksichten. Ich bin nicht dieser Ansicht, sondern halte die Fällung eines Staatschages auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus für gerechtfertigt. Alles, was man gegen die Bildung eines Staatschages vorbringt, sind Vorurtheile, von der Privatwirtschaft übernommen. Die Ausgaben für den Krieg sind nur einmal nicht zu vermeiden, und die Frage kann nur die sein, wie sie am besten, schnellsten und billigsten aufzubringen sind. Kurz vor dem Ausbruch eines Krieges ist nun bekanntlich Geld nur sehr schwer und mit großen Opfern aufzubringen, so daß der Zinsverlust durch den Staatschag durchaus geringfügig hier-



Beim Schluß unserer Zeitung war die Berliner Depesche noch nicht  
eingehtroffen.